

# „Es ist eine Schande für unser Land“

Bonhoeffer-Ausstellung im Klinikum Mallersdorf – MdL Werner hält Eröffnungsrede

Mallersdorf-Pfaffenberg. (pas) Als letzte Station einer 12-wöchigen Wanderausstellung wurde am Sonntag die Ausstellung zum Leben und Wirken des evangelischen Theologen und Widerstandskämpfers Dietrich Bonhoeffer im Klinikum in Mallersdorf-Pfaffenberg eröffnet. Nach einem anregenden Abendgottesdienst in der Krankenhaus-Kapelle, sprach MdL Joachim Werner, Vorsitzender des Petitionsausschusses im Bayerischen Landtag, die Eröffnungsrede.

Pfarrerin Dörte Knoch würdigte das Leben und Wirken des evangelischen Theologen und Widerstandskämpfers Dietrich Bonhoeffer. Sie lobte seinen Mut, sich für Verfolgte und Notleidende während der NS-Diktatur einzusetzen, regte für sich und die Gottesdienstbesucher aber auch die Frage an: „Hätte auch ich den Mut gehabt, Widerstand zu leisten?“ – eine Frage die wohl keiner so ohne Weiteres beantworten konnte.

In ihren Grußworten gingen SPD-Ortsvorsitzender Martin Kreutz, Bürgermeister Karl Wellenhofer und Klinik-Chef Klaus Achatz auf die enge Zusammenarbeit zwischen SPD-Ortsvereinen und den evangelischen Kirchengemeinden in der Region ein. Martin Kreutz bekräftigte die Bedeutung der Ausstellung um Dietrich Bonhoeffer, sein Leben und Wirken einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. „Es ist wichtig und richtig“, so Kreutz, „dass wir hier ein Zeichen setzen, denn viel zu viele Menschen können mit Dietrich Bonhoeffer so gar nichts anfangen.“ Wellenhofer erin-



Festredner MdL Joachim Werner. (Foto: pas)

nerte an die Geschehnisse vor 65 Jahren und die Todesmärsche im Labertal, die in Flossenbürg starteten und somit die Brücke zu Dietrich Bonhoeffer bildeten, der dort ermordet wurde. Wellenhofer forderte alle engagierten Bürger zum „Nachdenken und Wachbleiben“ auf.

## Die Würde bewahren

MdL Joachim Werner stellte seine Ausführungen unter das Motto „Die Würde des Menschen“ und lobte Dietrich Bonhoeffer als einen Menschen, der bis in den Tod seine Würde bewahrte und den Nazis den letzten Triumph nicht gönnte.

Werner kritisierte, dass die evangelische Kirche das politische Wirken Bonhoeffers, das weit über die

herrschen dürften. Werner zeigte sich aber auch überzeugt, dass es zu keinem „neuen Ermächtigungsgesetz“ kommen könne, weil heute alle demokratischen Parteien dagegen stimmen würden. Er warnte aber auch vor den rechten Parteien und Gruppierungen, die sich immer mehr etablieren könnten. „Ich habe als Mitglied der Bundesversammlung erlebt, wie die paar wenigen NDP-Abgeordneten agierten. Es ist eine Schande für unser Land, dass so etwas 65 Jahre nach Kriegsende möglich ist. Die Rechten haben in unserem Land nichts zu suchen, sie dürfen keine Gelegenheit haben, eine solche Katastrophe wieder anzuzetteln.“

## Mehr Zivilcourage

Werner ging aber auch mit der aktuellen Politik hart ins Gericht. „Ich fordere von den Politikern nicht den Mut Dietrich Bonhoeffers ein, aber ich fordere Zivilcourage.“ Er bedauerte, dass es im Landtag deutliche Mehrheiten für gute Gesetze gebe, diese aber wegen abwegiger Koalitionsverträge nicht durchsetzbar seien. Es sei auch nicht nachzuvollziehen, dass Politiker ihre Meinung nur deshalb ändern, weil die aktuellen Umfragen im Keller steckten. Die immer weiter sinkende Wahlbeteiligung sei ein alarmierendes Zeichen. „Wir Politiker haben die Aufgabe als gesellschaftliche Kraft zu wirken, Vertrauen aufzubauen und dieses Vertrauen auch zu rechtfertigen – und nicht nur nach der Macht zu schie-len.“

Theologie hinausreichte, lange sehr kontrovers bewertet habe. Er bezeichnete es aber als unglaubliche Schande, dass erst 1996 das Todesurteil gegen Dietrich Bonhoeffer aufgehoben und er rehabilitiert wurde. Das Vermächtnis Bonhoeffers mache dessen Tod, den Tod der anderen Widerstandskämpfer, der Millionen Frauen, Männer und Kinder nicht vergessen, „wenn wir nicht vergessen, wenn wir es als Aufgabe annehmen, dass so etwas nie wieder passieren kann.“ Er erklärte, dass Deutschland aus dem Schrecken gelernt habe. Alle demokratischen Kräfte seien sich einig gewesen, dass große Not, Armut und Arbeitslosigkeit, wie sie in der Weimarer Republik den Sprengsatz für den Untergang bildeten, nie wieder